Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 52 — Donnerstag, den 3. März 1921 — 49. Jahrgang

Ultimatum an die deutsche Delegation.

(TU) Den weiteren Fortgang der Konferenz stellt man sich auf englischer Seite so vor, daß heute eine befristete Anfrage an die deutschen Delegierten gestellt wird, wie sie sich zu den von den Alliierten formulierten Zahlungsbestimmungen stellen werden. Gleichzeitig werden die heute zu bestimmenden Sanktionen mitgeteilt werden.

Obwohl eine Art Ultimatum heute erwartet wird, rechnen unparteiische Londoner Beobachter nicht mit einem sofortigen Einmarsch, zumal da sie glauben, daß der Wortlaut des Friedensvertrages, der Deutschland bis zum 1. Mai Zeit läßt zur Ablehnung der Finanzklausel, vom Obersten Rat ohne Befragen der übrigen Unterzeichner nicht umgestoßen oder umgedeutet werden könne. Trotzdem halten auch sie die Lage für hoffnungslos, falls Deutschland nicht rechtzeitig neue, höhere Vorschläge mache, womit man vielfach rechnet, und wogegen die „Times" vorsorglich schon Stellung nimmt, da nur die Pariser Beschlüsse in Frage kämen.

Ablehnung weiterer deutscher Gegenvorschläge.

Der Sonderberichterstatter von Havas meldet, das Hauptergebnis der gestrigen Nachmittagssitzung der alliierten Vertreter sei ein einstimmiger Beschluß, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar, sogar als undiskutabel erachtet worden seien. Bei Beginn der Sitzung machten Loucheur, Jaspar und Theunis eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenvorschläge. Sie hätten zunächst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittels Anleihe aufbringen wollen, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Zinsfuß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnungen vorteilhafter sei als ein solcher von 5 Prozent. Auch an der Abschätzung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinigten Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelsschiffe auf 7 Milliarden angenommen, während die Summe nach alliierter Schätzung nur 700 Millionen betrage. Die Vorschläge, betreffend eine internationale Anleihe, hätten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet, wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders für Oberschlesien, seien als unverhüllte Verleumdung des Friedensvertrages bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge auf Leistungen in Natura. Infolgedessen hätten die alliierten Delegierten beschlossen, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten. Heute früh 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammentreten. Der juristische Berater des französischen Außenministeriums Fromageot wird abends in London eintreffen.

Die Berichte der Sachverständigen.

(TU) Der interalliierte Oberste Rat ist gestern mittag im St. Jamespalast zu einer Sitzung zusammengetreten und hat die Marschälle Foch und Wilson sowie die übrigen militärischen Sachverständigen in der Frage der Sanktionen angehört. Sie verlangten, daß ihnen der Nachmittag eingeräumt würde, um ihren Bericht zu beendigen. Die Frist wurde ihnen gewährt. Den ganzen Vormittag über haben eifrige Beratungen stattgefunden. Die finanziellen Sachverständigen haben im Finanzministeriums unter dem Vorsitz Chamberlains getagt. Die Sitzung wurde kurz vor Mittag aufgehoben, um dem englischen Schatzkanzler Gelegenheit zu geben, an der Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen. Die militärischen Sachverständigen haben in ihren Beratungen die Bilanz der deutschen Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen aufgestellt. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates, die bis mittags andauerte, wurde der Presse eine offiziöse Note übergeben, die mitteilt, daß die Konferenz zunächst zwei technische Sachverständige und dann einen juristischen Sachverständigen und schließlich die militärischen Sachverständigen angehört hat.

Keine vorzeitige Abreise der deutschen Delegation.

(TU) Die deutsche Delegation teilt mit, daß sie keineswegs die Absicht habe, wie eine mögliche Zeitung gestern morgen mitteilte, London zu verlassen und daß sie auf jeden Fall die in Berlin verbliebenen Sachverständigen in London erwartet.

Wann soll in Deutschland einmarschiert werden?

(TU) Der Beschluß der Alliierten, die militärischen und juristischen Sachverständigen zu Rate zu ziehen und im ganzen das Ergebnis dieser Beratungen den Deutschen mitzuteilen, kann in seiner Tragweite gar nicht überschätzt werden. Es handelt sich um nichts weniger und um nicht mehr, als um die Frage, wann in Deutschland einmarschiert werden soll. Die Frage, ob dieses geschehen soll, steht garnicht auf der Tagesordnung. Die juristischen Sachverständigen sollen lediglich ihr Gutachten abgeben, ob nach dem Versailler Vertrag ein Einmarsch vor dem 1. Mai gestattet ist oder nicht. Briand fordert das sofortige Einmarschieren, um den französischen Reparationsansprüchen Nachdruck zu verleihen. Dagegen erklärte Graf Sforza, daß eine Okkupation vor dem 1. Mai rechtlich unzulässig sei. Im übrigen wird noch eine 5. Kommission zusammentreten, um die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit zu beraten. Das Gesamtergebnis dieser Beratungen wird Donnerstag, vormittags 10 Uhr den deutschen Delegierten mitgeteilt werden.

Wie Deutschland gepreßt werden soll.

(TU) Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" meldet: Die Sanktionen, die gegen Deutschland getroffen werden sollen, sind nach Gerüchten folgende: 1. Erhebung einer Pacht von 50 %, 2. Errichtung einer Zollgrenze am Rhein, die das linksrheinische Ufer wirtschaftlich von Deutschland trennen würde, 3. Besetzung der Kohlenzentren auf dem rechten Rheinufer. Hutin schreibt im „Echo de Paris": Die Direktionen der Ostbahnen haben bereits Instruktionen über den Truppentransport nach dem Rhein erhalten, ohne daß jedoch der Personen- oder Wagenverkehr beschränkt würde. Die Truppenbestände auf dem linken Rheinufer seien übrigens groß genug, so daß eine leichte Verstärkung durch Truppen genügen wird. Kavallerieregimenter werden in erster Linie transportiert werden.

In polnischen Regierungskreisen äußert man unverhohlen die Hoffnung, die Entente werde Polen gleichfalls ein Mandat zum Einmarsch erteilen. Inwieweit diese Hoffnung sich tatsächlich auf französische Zusicherungen, wie hier behauptet wird, stützt, läßt sich schwer entscheiden.

Die Auffassung in Berlin.

Die Aufmerksamkeit in den politischen Kreisen und an zuständiger Stelle wendet sich in der Hauptsache der Havas-Depesche zu, die behauptet, das Ergebnis der Nachmittagssitzung der verbündeten Vertreter wiederzugeben. Sollte der Inhalt der Depesche zutreffen, so wird die Kritik, die darin ausgedrückt wird, an den zuständigen Stellen dahin gekennzeichnet, daß unsre Vorschläge mit frivoler Leichtfertigkeit abgeurteilt worden seien, ohne daß die Einzelheiten und die von uns angebotenen Vorteile näher geprüft worden wären. Die Loucheur-Jaspar-Theunissche Kritik an dem achtprozentigen Rückdiskont sei zu Unrecht erfolgt, da in den Pariser Vorschlägen dieser Rückdiskont angegeben sei. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß gerade nach dem Urteil der berufensten Sachverständigen überhaupt jetzt noch nicht festgesetzt werden könnte, wie Deutschland neben den Zinsen für diese Anleihe in den nächsten Jahren auch noch die angebotenen Annuitäten aufbringen solle. Ferner sei die Bemängelung der deutschen Vorleistungen bezw. der Summe von 21 Milliarden an Vorleistungen ohne jede nähere Begründung erfolgt.

Im allgemeinen wird vom Verband, besonders auch in der Verbandspresse, unter der sich die Northcliffepresse, wie aus London berichtet wird, auszeichnet, offenbar auf eine von amtlichen Stellen ausgegebene Parole hin die Summe von 30 Milliarden agitatorisch falsch ausgenutzt. Unsere Gesamtleistungen mit der Zinsenberechnung überstiegen natürlich die angegebene Summe um das Vielfache. Der Gesamtwert unserer Vorschläge stellt sich mit der Zinsenberechnung wohl auf ungefähr 150 Milliarden Goldmark. Doch kommt es ja nicht darauf an, irgendwelche rechnerischen Experimente und Tricks zu machen. Wenn versucht wurde, herauszurechnen, daß wir eigentlich den gesamten Gegenwartswert der Forderungen des Pariser Abkommens anböten, so ist das unnütz. Wir haben das anzubieten, was eine verantwortliche Regierung mit gutem Gewissen der deutschen Leistungsfähigkeit zumuten darf. Freilich müssen wir uns dagegen wehren, daß die Stimmung bei den andern Völkern durch Irreführung an Hand einer falschen Auslegung unseres Angebots von 50 Milliarden, d. h. abzüglich unserer bereits getätigten Vorleistungen von 20 Milliarden, weiter vergiftet werde.

Reichstag.

(Sitzung vom 1. März.)

Nach Ueberweisung der Postgebührenordnung an einen besonderen Ausschuß wird die zweite Beratung des Gerichtsentlastungsgesetzes vorgenommen. Abg. Dr. Rosenfeld (U.) begründet Anträge, welche die Zuständigkeit der Schöffengerichte für Sachen, die bisher zur Strafkammer gehörten, erweitern wollen. Redner verlangt größeren Schutz der Verteidiger gegen die Vorsitzenden. — Es geht ein Antrag Hoffmann (Komm.) ein auf Zulassung der Frauen zum Schöffenamt. — Abg. Dr. Leithäuser (D. Vp.) spricht im allgemeinen seine Anerkennung für den Entwurf aus. Die Anträge der Linken gehören nicht in das Gesetz, da sie keine Entlastung bringen. Redner vertritt einen gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien über technische Abänderungen einzelner Gesetze. — Abg. Radbruch (Soz.): Der Entwurf bedeutet weniger eine Entlastung wie eine Verschiebung der Arbeit auf die Amtsgerichte. Von dem Sühneverfahren, das sich wie eine Art Volksrecht gegenüber dem Juristenrecht auswachsen kann, ist viel zu erwarten. Wir begrüßen es, daß die Lehrer nun auch Schöffen und Geschworene werden können und werden auch den Antrag Hoffmann auf Zulassung der Frauen zum Schöffenamte annehmen. — Abg. Marx (Z.): Die Anträge der Unabhängigen sind unannehmbar. Die Zuziehung der Lehrer als Schöffen und Geschworene würde unserer Rechtsprechung nur förderlich sein, die Zuziehung der Frauen als Schöffen und Geschworene bedeutet dagegen einen Eingriff von so entscheidender, grundsätzlicher Bedeutung, daß wir ihn bei dieser Gelegenheit nicht vornehmen wollen. — Abg. Graf-Thüringen (D.-V.): Wir bitten die Regierung dringend, nicht der sozialdemokratischen Anregung zu folgen, den Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen das Sühneverfahren zu überlassen. Die gegenwärtige Zeit mit ihrer Verwilderung der Sitten ist nicht geeignet, die Ordnungsstrafe abzuschaffen. In Berlin sind manche Gerichtssitzungen schon auf das Niveau der Reichstagsverhandlungen gesunken.

Abg. Brotauf (D.): Die große Erwartung, die Herr Dr. Radbruch an das Sühneverfahren knüpft, teilen wir nicht, aber wir stimmen der Entschließung des Ausschusses zu. Meine Freunde haben schon in Weimar die Zulassung von Frauen als Schöffen und Geschworene beantragt, aber wir wollen diese Frage bei der kommenden Strafprozeßreform erledigen. Jetzt werden wir den Antrag Hoffmann ablehnen, wenn wir auch seine Tendenz billigen. Auch den Anträgen der Unabhängigen können wir nicht zustimmen. Die Zulassung der Lehrer als Schöffen und Geschworene ist eine Forderung der Gerechtigkeit. — Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Die Novelle will die Angeklagten wichtiger Schutzmittel berauben. — Justizminister Dr. Heinze: Ich erwarte außerordentlich viel von der Ausgestaltung des Gliederverfahrens, aber diese schwerwiegende Frage kann nicht in Verbindung mit der vorliegenden Novelle erledigt werden. Die heutige Vorlage ist nur ein Notbau. Ich bitte, die Anträge der Unabhängigen abzulehnen. Auch den Antrag Adolf Hoffmann auf Zulassung der Frauen bitte ich abzulehnen. — Abg. Rosenfeld (U.) zieht einen Teil seiner Anträge über die Erweiterung der Zuständigkeit der Schöffengerichte zurück und plädiert für die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene. — Abg. Brotauf (D.) hat inzwischen einen Antrag eingebracht, die Regierung möge für 1922 einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Frauen Zutritt zum Schöffen- und Geschworenenamte gewährt. — Abg. Marx (Ztr.): Es handelt sich hier um ein Notgesetz, in das Vorschriften grundsätzlicher Natur nur unter ganz besonderen Umständen und in Ausnahmefällen dringender Natur Aufnahme finden sollten. Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch für mich die von den Unabhängigen beantragten Aenderungen unannehmbar.

Es werden sodann die ersten Artikel des Entwurfes angenommen in der Ausschußfassung. Der Antrag Rosenfeld—Hoffmann auf sofortige Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt wird in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 126 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. — Bei der Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der Ordnungsstrafen für Rechtsanwälte ergibt sich die Notwendigkeit, eine Auszählung vorzunehmen, die im Wege des Hammelsprunges erfolgt. Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Artikels 1 und der Rest der Vorlage in der Ausschußfassung.

Donnerstag: Kleinere Vorlagen.

Rücktritt des Geheimrats Carl.

Geheimrat Carl, dem die Aufgabe zugewiesen war, für Ersparnisse im Reichshaushalt zu sorgen, ist, wie die Vossische Zeitung meldet, von seinem Amt zurückgetreten. Der Grund für das Ausscheiden ist darin zu suchen, daß seine Vorschläge sämtlich auf den größten Widerstand der betreffenden Aemter gestoßen sind. Er hatte zur Vereinfachung und Verbilligung der Zentralverwaltung vorgeschlagen, das Reichswirtschafts- und das Reichsernährungsministerium, ebenso das Reichsfinanz- und das Reichsschatzministerium zusammenzulegen. Das Wiederaufbauministerium, das noch immer keinen Minister hat, wollte er ganz eingehen lassen. Verschiedene Aemter, wie z. B. das Reichswanderungsamt wollte er als Sonderorganisation auflösen und anderen Reichsämtern angliedern. Im ganzen hoffte er auf diese Weise etwa 5000 bürokratische Kräfte entbehrlich zu machen.

Noske zur Regierungsbildung.

Im „Achtuhr-Abendblatt" empfiehlt Oberpräsident Noske der neuen preußischen Regierung Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, um eine Gleichartigkeit der preußischen Regierung mit der Reichsregierung zu ermöglichen. Noske schreibt u. a.: „Daß die sozialdemokratische Partei von den Deutschen Volksparteilern im Wahlkampf hart verunglimpft wurde, wird keinen verständigen Politiker zu einer Verärgerungstaktik veranlassen. Man will sich ja nicht zu einer Liebesheirat zusammentun, sondern aus nüchterner, kühler Erwägung ein Stück Weges zusammengehen, da angenehmere Marschgenossen zurzeit nicht zu haben sind."

Der „Vorwärts" schreibt: „Soweit wir sehen können, steht Noske mit seiner Auffassung in der sozialdemokratischen Partei so gut wie allein. Nur ein einziges Parteiblatt hat sich bisher in ähnlichem Sinne ausgesprochen, und es ist vielleicht kein Zufall, daß der leitende Redakteur dieses Parteiblattes mit Noske früher in sehr enger amtlicher Verbindung stand. Die ganze übrige Partei hält die Erörterungen über die Regierungsbildung in Preußen solange für verfrüht und verfehlt, als nicht die Landtagsfraktionen zusammengetreten sind und eine ernsthafte Verständigung unter den bisherigen Koalitionsparteien möglich geworden ist. Niemand aber hat Sehnsucht danach, mit der Stinnespartei gemeinsam in Preußen oder im Reiche zu „regieren". Wir können den Dingen ruhig ins Auge schauen und es den betreffenden Koalitionsparteien in Preußen überlassen, ob sie die Verantwortung für einen Austritt der Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung und damit ihren Eintritt in die schärfste Opposition riskieren wollen. Zu irgendwelchen Anbiederungsversuchen liegt von unserer Seite nicht der geringste Grund vor."

1,2 Milliarden neue Steuern auf Personen- und Güterverkehr.

(TU) Wie das Berl. Tagebl. von gut unterrichteter Seite hört, wird die steuerliche Belastung des Güter- und Personenverkehrs durch das Reich weit über 1200 Millionen Mark betragen. Aus den Steuern für den Personenverkehr erwartet das Reich 600 Millionen gegen nur 300 Millionen im Jahre 1920 und aus dem Güterverkehr 500 Millionen gegen 230 Millionen im Jahre 1920. Die Voranschläge für 1920 sind durch die Eingänge allein aus dem ersten Dreivierteljahr schon weit überschritten. Der Personenverkehr hat in dieser Zeit 434 Millionen, der Güterverkehr 468 Millionen an Steuern eingebracht. Dazu kommen noch 100 Millionen aus den Frachtstempeln. Mit der gleichen Summe wird auch 1921 gerechnet.

Der Antrag des Staatsanwalts im Kasseler Kommunistenprozeß.

(TU) Am gestrigen 11. Verhandlungstage im Kasseler Kommunistenprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen Klinkmöller, Schroer und Zaiser je drei Jahre Zuchthaus ohne Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen Lohagen und Harbich je zwei Jahre Gefängnis. Bei Lohagen kommt erschwerend in Betracht, daß er die Jugend vergiftet habe. Für die beiden übrigen Angeklagten sei je ein Jahr Gefängnis ausreichend. Das Urteil wird wahrscheinlich erst am Sonnabend verkündet werden.

Polen will mit uns verhandeln.

(W) Die polnische Regierung hat in einer Note in Berlin mitgeteilt, daß sie bereit wäre, teils in Paris, teils in Berlin über die noch offenen Fragen zu verhandeln. In der Note wird die Ansicht vertreten, Deutschland mache die Ausführung des Friedensvertrages, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beschleunigen sollen, von Bedingungen abhängig, während Polen die entsprechenden Rechte Deutschlands anerkenne, ohne irgend welche deutschen Konzessionen zu verlangen. In einer Antwortnote vom 23. Februar hat Deutschland sich zu den von Polen jetzt vorgeschlagenen Verhandlungen bereit erklärt und deren tunlichst beschleunigten Beginn für wünschenswert bezeichnet. In einer dieser Note beigefügten Aufzeichnung wird betont, daß Deutschland niemals die Erfüllung der Vertragspflichten Polen gegenüber von besonderen Konzessionen abhängig gemacht habe. Deutschland habe vielmehr lediglich die Abstellung zuweitgehender polnischer Maßnahmen gefordert. Außerdem habe Deutschland eine Verständigung über gewisse polnische Zugeständnisse angeregt, weil auch Polen von Deutschland Zugeständnisse verlangt habe. Es bedürfe keiner Ausführungen, daß Verhandlungen, bei denen beiderseits freiwillige Leistungen einander gegenüber gestellt werden, mit dem Friedensvertrag nicht in Widerspruch ständen.

Kriegsstimmung in Griechenland.

(TU) Die Protestbewegung gegen die Revision des Friedensvertrages von Sevres dauert im ganzen Lande an. Bei einer großen Versammlung in Athen rief das Volk wiederholt: Es lebe der Krieg. Die Demokraten faßten eine Resolution, die den einzelnen Missionen der Alliierten übermittelt wurde. Die Parteien des Landes erklärten sich einmütig für die Unterstützung der Regierung in ihrer auswärtigen Politik, keine Opfer an Blut werden zu groß sein, um die Rechte der Nation zu wahren.

Wie Havas aus Athen berichtet wird, schreibt das Regierungsblatt „Politis": Wenn die Mächte es wünschen, werde Griechenland die Waffen für den Augenblick niederlegen. Es werde sie aber einmütig und entschlossen wieder aufnehmen, sobald es sich sagen müsse, daß sein Schicksal nicht gemäß seinen unbestreitbaren Rechten und entsprechend den gebrachten Opfern geregelt worden ist.

Westfalen und Rheinland.

Bessere Güterverpackung für die Bahnbeförderung.

Kamen, 3. März. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat auf eine Beschwerde eines Interessenten einen Erlaß an die Eisenbahndirektionen gerichtet, in dem er entscheidet, daß die Versender angesichts der vermehrten Beraubungsgefahr und bei dem gesteigerten Wert der Waren, der Verpackung größere Sorgfalt zuwenden müssen. Hiernach und auch nach der Ansicht der Gerichte kann unter den jetzigen Zeitverhältnissen eine Papier-, Karton-, Ballen- usw. Verpackung mit Rücksicht darauf, daß fast die größte Anzahl solcher der Eisenbahn zur Beförderung übergebenen Güter allgemein begehrt ist, nicht als ausreichender Schutz gegen äußere Gefahren, wozu auch die Gefahr des Diebstahls gehört, angesehen werden. Bei der ständigen Behandlung solcher Art verpackten Gutes ist es nicht zu vermeiden, daß die Verpackung reißt oder abscheuert und der Inhalt des Gutes sichtbar wird, wodurch zweifellos ein erhöhter Anreiz zum Diebstahl herbeigeführt wird. Die Dienststellen sind daher nochmals ausdrücklich angewiesen worden, bei mangelhafter oder fehlender Verpackung ausnahmslos das Anerkenntnis zu fordern oder das Gut zurückzuweisen. Aus dem Anerkenntnis müssen bei mangelhafter Verpackung die Mängel der Verpackung zu ersehen sein.

*

Kamen, 3. März. **(Verschiedenes.)** In der 8. Jahreswoche vom 13. bis 19. Februar sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 3 (je 1 Unna, Kaiserau, Methler), Scharlach 2 (je 1 Wiescherhöfen, Werries); Todesfälle durch Tuberkulose 7 (3 Unna, je 1 Kamen, Herringen, Wiescherhöfen, Osterflierich). — Im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 44 (3), Genickstarre 1 (2), Kindbettfieber 7 (1), Körnerkrankheit 1, Tuberkulose (80), Ruhr 6, Scharlach 20 (1), Unterleibstyphus 12 (1), Paratyphus 2 (1).

*

Kettenhandelsgeschäfte sind nicht ungesetzlich, wenn die Ware für den Export bestimmt ist.

Das Reichsgericht hat unlängst eine Entscheidung gefällt, die für die gesamte Handelswelt von großer Bedeutung ist. Dazu sind folgende Tatsachen mitzuteilen:

Die Porzellanfabrik C. T. & Co., in Altwasser, verkaufte eine größere Anzahl der von ihr hergestellten Hotel-Porzellanteller an ihre Vertreterin, die Firma R. & Z. in Hamburg; diese verkaufte die Teller an die Beklagte Exportfirma H. in Hamburg „für den Export". Von der Beklagten wurde die Ware „für den Export" an die Klägerin, die Exportfirma A. D. & Co. in Hamburg weitergegeben. Die Klägerin verkaufte sie endlich an die Exportfirma Sch. & Co. in Hamburg für den direkten Export nach der Türkei zu einem um etwa 50% höheren Preise. Als wegen der Lieferung Streit entstand, machte die Beklagte geltend, daß der Kaufvertrag gemäß § 134 BGB. nichtig sei, weil er gegen die Strafbestimmungen gegen den Kettenhandel und die Preistreiberei verstoße. Nach Stellung einer Nachfrist erhob die Klägerin Klage auf Schadensersatz in Höhe des Unterschiedes zwischen dem Einkaufspreise und dem von ihr vereinbarten Verkaufspreise. — Nachdem das Landgericht der Klage stattgegeben, hat das Oberlandesgericht Hamburg im Sinne der Beklagten erkannt, den Kaufvertrag für nichtig erklärt und die Klage abgewiesen. Das

Reichsgericht

ist anderer Meinung. Und zwar hat der höchste Gerichtshof unter Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. Aus folgenden Entscheidungsgründen: Die Vorschrift des § 19 der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 betreffend die Preistreiberei beruht auf einem Rechtsgedanken, dessen Bedeutung weiter reicht und der die ganze Verordnung beherrscht. Das läßt schon die Begründung zu § 19 erkennen, die sagt: „Ein Bedürfnis, ausländische Verbraucher zu schützen, besteht nicht, vielmehr wird es in der Regel den Interessen der deutschen Volkswirtschaft entsprechen, wenn für die ausgeführte Ware ein möglichst hoher Preis erzielt wird". Dem ist hinzuzufügen, daß es ebenso den Interessen deutscher Volkswirtschaft dient, wenn der erzielte hohe Gewinn möglichst vielen deutschen Kaufleuten zufließt, wie es geschieht, wenn sich mehrere Zwischenhändler an der Zuführung der Ware nach dem Auslande beteiligen. Danach wird zwar die Ware der Ausfuhr nicht immer auf dem kürzesten Wege näher gebracht, und sonach schließlich für den ausländischen Verbraucher verteuert. Dieser Umstand ist aber unwirtschaftlich nur für die ausländische Volkswirtschaft, nicht für die inländische, und eben das ist das Entscheidende. Ein für das deutsche Wirtschaftsleben schädlicher Kettenhandel liegt nicht vor, wenn die Ware von vornherein nicht dem inländischen, sondern dem ausländischen Verbraucher zugeführt werden soll. Es läßt sich nicht einmal sagen, daß mittelbar durch die Verteuerung der vom ausländischen Verbraucher zu zahlenden Preise der Markt auch für den inländischen Verbraucher verteuert wurde. Im Gegenteil wirken hohe Preise für Auslandsware eher wie Ausfuhrzölle und hindern zu leichten Abfluß nach dem Ausland. Wollte man daher die Erzielung hoher Preise vom ausländischen Käufer unterbinden, so würde grade das Gegenteil von dem erreicht werden, was die ganze Verordnung gegen die Preistreiberei anstrebt, nämlich dem inländischen Verbraucher ausreichend Gegenstände des täglichen Gebrauchs zu angemessenen Preisen zu sichern. Die Anwendung der Bestimmung gegen die Preistreiberei ist daher auf den vorliegenden Fall nicht möglich. Etwas anderes wäre es, wenn die Ware etwa nur zum Schein als Ausfuhrware gehandelt würde. Daß die Verpflichtung „für den Export" zu liefern, nicht ernstlich gestellt gewesen sei, nimmt das Berufungsgericht nicht an. Mithin ist der Kaufvertrag nicht nichtig. Das mußte zur Aufhebung des Urteils führen. (Aktenzeichen II., 180/20. — 19. 11. 20.)

*

Der Verein für Handel und Gewerbe hielt am Dienstag abend eine gut besuchte Versammlung ab. Den Vorsitz führte Herr Kaufmann Hugo Müller. Aufgenommen wurden die Firmen Nagel und Co., Ergelb. Goselwitz und Conditor L. Klimper. Das Mitglied des Kleinhandelsausschusses der Handelskammer, Herr Thiel, gab einen längeren Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses und verbreitete sich dann über die Westdeutsche Treuhand-Gesellschaft für Handel und Gewerbe Bochum, die von den Handelskammern gestützt wird. Die Gesellschaft, welche Steuerberatung, die Einrichtung, Führung und Revision von Geschäftsbüchern, Aufstellung von Bilanzen, Nachprüfung von Frachtbriefen usw. betreibt, wird Geschäftsstellen an allen Hauptorten errichten. Nach längerer Debatte wurde es für richtig gehalten, daß der Verein die neue Gesellschaft unterstützt. Dann erstattete Herr Thiel Bericht über die Tätigkeit des Verbandes kaufmännischer Fach-Vereine, der manchen Erfolg im Interesse des Handels buchen könne. Ganz energisch gehe der Verband gegen den Lebensmittelbezug usw. bei der Eisenbahn, Post usw. vor. Man möge dem Fachverband von solchen Bezügen Mitteilung machen, damit er dagegen angehen kann, wie er dies an anderen Orten bereits mit Erfolg getan habe. — Die von der Handelskammer vorgesehene Auflösung des Kleinhandelsausschusses wurde für verfrüht erachtet und sei nicht zweckmäßig, solange nicht die Zahl der Mitglieder des Kleingewerbes erhöht wird. — Ueber die Wahlen zur Handelskammer am heutigen Donnerstag referierten der Vorsitzende und Herr Eisenstädt. Die Wichtigkeit dieser Wahl erfordere allseitige Beteiligung. — Die Wach- und Schließgesellschaft Warten errichtet in Kamen ein besonderes Büro. Nach den bisherigen Erfahrungen kann der Vorsitzende ein Abonnement bei der Gesellschaft nur empfehlen. — Das Finanzamt Hamm wird demnächst einen Steuerbeamten für 8 Tage nach hier senden, um Steuer-Erklärungen, Reklamationen usw. entgegenzunehmen. Von dieser angenehmen Neu-Einrichtung möge jeder Gebrauch machen. Hingewiesen wurde auf einen Vortrag über moderne Reklame, der demnächst in der Volkshochschule stattfindet, und weiter darauf daß nach einem neuen Gesetz die Haus- und Grundbesitzer Kamens an Staatssteuern 330 000 Mark für Neubauten aufbringen müßten. Zu diesem Betrag würde die Stadt weitere Zuschläge, vielleicht in derselben Höhe, fordern. Die von dem Verein eingerichtete und seit 10 Jahren mit Erfolg geführte Handelsschule geht demnächst auf die Stadt über. Die Stadt soll gebeten werden, die Stunden von 7—9 Uhr (Winter 8—10 Uhr) vormittags und ½2—¼1 Uhr als Unterrichtsstunden festzulegen. Gewünscht wird die Beibehaltung der bisherigen bewährten Lehrkräfte der Schule. Das Inventar (Schreibmaschinen usw., soll der Stadt zu angemessenem Preise zu Unterrichtszwecken überlassen werden. Gegen die Verteilung der Waren an die Bergleute durch die Konsumvereine unter Ausschaltung des Handels soll Einspruch bei den maßgebenden Stellen erhoben werden. Damit fand die interessante Versammlung ihr Ende.

(Gerichtspersonalien.) Landgerichtsrat Dr. Höpker-Aschoff, der Spitzenkandidat der Demokratischen Partei bei den Preußenwahlen, ist zum Oberlandesgerichtsrat in Hamm ernannt worden.

(Deckstationen) Im Kreise Hamm befinden sich in Lünern, Langschede, Uentrop, Oberberge und Pelkum Deckstationen, die mit 18 Hengsten aus Westfalen und je einem aus dem Rheinlande und Frankreich besetzt sind. Die Deckstationen sind in Lünern bei Döring, in Langschede bei Jüngling, Krump und Stratmann, in Uentrop bei Harde, in Oberberge bei Schulze-Wiehenbrauck, in Pelkum bei Schimmelschulze.

Heeren, 3. März. **Die Belegschaft** der Zeche Königsborn, Schacht 2, trat Dienstag morgen in den Streik, angeblich wegen Differenzen mit den Kesselheizern, wobei die ganze Belegschaft sich solidarisch erklärte. Nachmittags fand eine Versammlung statt, worauf am Mittwoch morgen die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

*

Die Reichsschuhversorgung.

Dortmund, 1. März. Ueber die Tätigkeit der Reichsschuhversorgung wurden in der Preisprüfungsstelle der Stadt Dortmund von dem Schuhhändler Drenhaus recht interessante Mitteilungen gemacht. Der Reichsschuhversorgung, die als produktive Arbeitslosenfürsorge arbeitet, sind die Konjunkturgewinne aus der Freigabe der Lederwirtschaft teils in bar, teils in Materialien überwiesen worden. Sie schaffte eine Menge Schuhe an. Der Plan des Reichswirtschaftsministers, einen Volksschuh von einheitlichem Typ aus bestem Material herzustellen, konnte nicht durchgeführt werden, weil die Leder- und Schuhfabriken das Beste nicht abliefern, sondern zurückbehielten. Die Reichsschuhversorgung speicherte für viele Millionen Schuhwaren auf, die an die Kommunalverwaltungen verteilt werden sollten. Einige nicht gut beratene Kommunalverwaltungen, die umfangreiche Bestellungen aufgegeben haben, erleiden jetzt große Verluste. Die Stadt Bielefeld wollte die bestellten Schuhe, nachdem sie ihren Reinfall erkannt, nicht weiter abnehmen. Ihr sei mit Klage gedroht worden. Köln habe für 40 Millionen Mark Schuhe verkauft und heute schon einen Verlust von 7 Millionen Mark zu verzeichnen. Der Leiter eines Kölner Warenhauses, der das „Geschäft" vermittelte, habe eine Provision von 1 Million Mark bezogen. Der Landrat von Menden-Hemer gehe mit Schuhen, auch in Dortmund, hausieren, weil seine Kreiseingesessenen nichts davon wissen wollten und lieber besseres Schuhwerk in den Iserlohner Geschäften kauften. Dortmund habe sich allerdings gegen den Wunsch der Reichsschuhversorgung von Fachleuten beraten lassen und bleibe so vor Schaden bewahrt. — Neben der Reichsschuhversorgung habe die Altlederverwertungsgesellschaft Bestände von altem und neuem Leder gesammelt, woraus sie noch 2 850 000 Paar Schuhe herstellen lassen könne. Aber auch diese Schuhe seien nicht immer gebrauchsfähig, weil zu Sohlen Riemenleder verwendet werde. Es bestehe die Gefahr, daß den Kommunalverwaltungen auch diese Schuhe aufgezwungen werden sollten. Den Verbrauchern sei mit Zuweisung all dieses billigen Schuhwerks nicht gedient. — Empfohlen wurde den Vertretern der Gewerkschaften, darauf hinzuwirken, daß die Prämien für die von den Bergleuten verfahrenen Ueberschichten nicht in Naturalien, sondern durch entsprechende Lohnzuschläge gewährt würden, damit die Arbeiter kaufen könnten, wo es ihnen beliebe.

Sölderholz, 2. März. **(12 000 Mk. Löhnungsgelder gestohlen.)** Festgenommen wurden der Schlosser Gustav Deimann von hier und der Schlosser Fritz Räschen aus Schwerte, weil sie einer bei einer Dortmunder Firma beschäftigten Bürogehilfin im Wartesaal des Hauptbahnhofes in Dortmund ein Paket mit etwa 12 000 Mark Löhnungsgeldern entwendet hatten. Es besteht der Verdacht, daß die Bürogehilfin, welche die Braut des ersteren ist, mit den Tätern unter einer Decke steckt und sich das ihrer Firma gehörende Geld stehlen ließ, um das Entwendete später unter sich zu teilen.

Schwerte, 2. März. **Ein gefährliches Spielzeug**, eine Eierhandgranate, war den etwa 14 Jahre alten Schulknaben Richard und Weikowski aus der Bruchstraße auf der Aschenhalde an genannter Straße in die Hände gefallen. Sie hantierten mit dem gefährlichen Fundstück, bis dieses plötzlich mit gefährlicher Wirkung explodierte. Durch die umherfliegenden Sprengstücke wurden dem R. die Schädeldecke und die rechte Brustseite aufgerissen und alle Finger der rechten Hand abgerissen; der unglückliche Junge war nach wenigen Augenblicken eine Leiche. Sein Spielgefährte Weikowski erlitt gleichfalls schwere Verletzungen am Oberkörper, doch hofft man, ihn am Leben zu erhalten; er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Essen, 2. März. **Im Wasserturmprozeß** wurde gestern u. a. Polizeipräsident Melcher vernommen. Die Vernehmung erfolgt auf Grund einer in einem Kampfbericht ausgesprochenen Behauptung, daß nach dem Hissen der Flagge von den Verteidigern irrtümlich noch geschossen worden sei, weil die Verbindung zwischen den oberen und dem unteren Geschoß abgebrochen worden war. Der Polizeipräsident erklärt darauf, er habe von der grünen Polizei überhaupt keinen Bericht mehr bekommen, weil deren Führer Leutnant Weißenstein gefallen war. Die einzige Oberleitung und Verantwortung lag in den Händen des Polizeipräsidenten und dessen Dezernenten Major Wulff. Als die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Notgardisten begannen, habe er Major Wulff beauftragt, an die Verteidiger den Befehl weiter zu geben, daß nur auf das Feuer der Notgardisten Gegenfeuer gegeben werden solle. Bis zum Fall des Turms seien dann vier Versuche gemacht worden, um die Einstellung des Kampfes herbeizuführen. — Der frühere Beigeordnete der Stadt Essen Bucerius bezeugt, daß vom Wasserturm aus nicht mehr geschossen wurde, dagegen hätten die Notgardisten fortgesetzt weiter geschossen und auch noch ganz sinnlos mit Handgranaten geworfen. Als dann ein schweres Geschoß in den Turm einschlug und aus der Schußöffnung das Wasser herausströmte, hielt er sich für verpflichtet, das Betreten des Turmes zu versuchen. Unmittelbar darauf erfolgte auch schon der Sturm auf das Gebäude. Er sah noch das Werfen von Handgranaten und hörte die Schüsse fallen, die ohne Zweifel von den Angreifern auf den Turm abgegeben wurden. Sein Dazwischentreten half nichts; die Grünen und die übrigen Verteidiger wurden trotzdem niedergeschlagen.

(W) **Essen**, 2. März. **(Keine Kündigung des Industrietarifs.)** Die Angestelltenverbände aller Richtungen haben in einer Sitzung die Frage der Kündigung des mit dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller abgeschlossenen Gehaltsabkommens einer eingehenden Besprechung unterzogen, da von einer Anzahl der Angestellten die Kündigung zum 31. März gefordert war. Die Vertreter der Verbände beschlossen einstimmig, mit Rücksicht auf die schwere politische Lage zur Zeit von einer Kündigung abzusehen, um eine Erschütterung des Wirtschaftslebens zu vermeiden. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Arbeitgeber dem Nach

---

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Dagmar richtete sich auf und wollte mit einem Jubellaut davonstürzen. Die Mutter hielt sie am Kleide fest.

„Halt, halt, du Ungestüm: Könnt ihr euch denn gar keine Zeit lassen, ihr junges Volk? Der Ralf, dieser ungestüme Heißsporn, läuft einfach davon, weil ihm sein junges Weib nicht gleich an den Hals flog. Und du fliegst mir nun wieder davon, um in eine Konferenz zwischen Ralf und dem Verwalter hineinzuplatzen. Bleib ruhig hier sitzen, bis er allein ist, denn eure Unterhaltung wird keine Zeugen vertragen. Lotte ist auf dem Posten und sagt es uns, wenn der Verwalter fortgeht. Dann magst du davonfliegen zu deinem Gatten und ihm sagen, wie töricht ihr gewesen seid."

Dagmar sank wieder auf ihren Platz zurück und streichelte und küßte nun die harten Hände der alten Dame. Ein wunderbares Gefühl der Erleichterung beherrschte sie, eine Zentnerlast war ihr vom Herzen gesunken.

„Mein Mutterle, wie danke ich dir, daß du mir den Brief gabst, ehe Ralf fortging."

Humorvoll lachte Frau Jansen.

„Nun, einen Schrecken wird mein Büble bekommen, wenn er erfährt, wie seine Mutter mit ihm Komödie gespielt hat. Aber ich konnte ihn doch nicht in sein Elend hinauslaufen lassen. Und da er sich von meinen alten Händen nicht halten ließ, habe ich mir ein paar junge zu Hilfe geholt."

Dagmar wartete in zitternder Ungeduld. „Lotte wird doch den Verwalter nicht verpassen? Wenn Ralf doch abreiste, ehe ich es hindern könnte?"

„Keine Angst, Töchterchen. Um zwei Uhr will er reisen, und um ein Uhr will er hier bei mir sein. Jetzt ist es halb ein Uhr. Er wird nicht abreisen, ehe er noch einmal bei mir war. Du kannst ihn gar nicht verpassen."

Da atmete Dagmar tief auf und küßte wieder die Hände der alten Dame.

In diesem Augenblick trat Lotte schnell ins Zimmer.

„Eben ist der Verwalter aus dem Schloß gekommen."

Da sprang Dagmar auf und eilte zur Tür. Diese war verschlossen. Dagmar öffnete sie hastig und verschwand. Lotte sah ihr verdutzt nach.

„Was ist denn los, Mutterle Jansen, wo läuft denn Dagmar so eilig hin?"

Frau Jansen zog sie lachend an sich. „Mitten ins Glück hinein, Lottekind. Brav hast du deine Sache gemacht, sehr brav. Und zur Belohnung will ich dir nun auch eine hübsche Geschichte erzählen von zwei lieben, törichten Menschen, denen wir zwei zu ihrem Glücke verholfen haben — durch unsere Verschwörung. Wir werden sehr, sehr lange Zeit haben."

Und Lotte erfuhr nun, was geschehen war, und was noch geschehen sollte.

*

Dagmar war mit fliegenden Füßen hinuntergeeilt. Aber je näher sie dem Arbeitszimmer ihres Mannes kam, desto langsamerr wurden ihre Schritte. Eine süße Scheu befiel sie und legte ihrer Sehnsucht Zügel an.

Zaghaft, mit heftig klopfendem Herzen lehnte sie an der Tür seines Zimmers und lauschte mit verhaltenem Atem.

*

Dagmar hörte Ralf unruhig drinnen auf und abgehen und vernahm schließlich einen Laut, wie ein qualvolles Stöhnen.

Da klopfte sie zaghaft an die Tür. Er rief zum Eintritt, und sie öffnete und trat ein.

Ralf stand mitten im Zimmer und starrte sie an wie eine Erscheinung. Er war sehr blaß, und sein Gesicht zuckte.

„Dagmar — du hier?" stieß er heiser hervor.

Sie sah ihn an. Das Leid hatte seine Züge gezeichnet. Gramvoll sahen seine Augen zu ihr herüber.

„Was willst du von mir?" kam es rauh über seine Lippen.

Da überwand sie ihre Scheu. Sie eilte auf ihn zu und warf sich an seine Brust.

„Ich will dich halten, Ralf. Du darfst nicht fort, ich kann nicht mehr leben ohne deine Liebe, denn ich liebe nur dich allein — lange schon — ehe ich es selbst wußte."

Er faßte sie mit einem Griff, der ihr wehe tat und sie doch beglückte, an den Schultern und hielt sie von sich ab. Die Muskeln seines Gesichtes spannten sich. Er sah sie an mit einem Blick, der sie erschütterte.

„Du — du — sprichst du wahr? Ist es nicht Mitleid, was dich jetzt zu mir führt? Wehre dich, Dagmar, wenn ich dich jetzt in meine Arme reiße, lasse ich dich nicht mehr los — nie mehr!"

Ihre Augen leuchteten in strahlender Liebe in die seinen.

„Halte mich — halte mich fest für alle Zeit. Ach, Ralf — mein Ralf — wie gut, daß ich bei dir bin."

Ihre letzten Worte erstickte sein Kuß.

Er hielt sie fest an seinem klopfenden Herzen und küßte sie, wieder und wieder, wie ein Verdurstender, der nach mühseligem Wandern einen frischen Quell entdeckt. Seine Zärtlichkeit strömte über sie dahin wie ein glühender Strom. Er konnte sich nicht genug tun. Sie schmiegte sich an ihn und erzitterte vor Seligkeit unter der leidenschaftlichen Innigkeit seiner Liebe. Fort waren alle Schatten von Ralfs Glückshimmel. Zärtlich ließ er Dagmar endlich in einen Sessel gleiten.

„Liebe, Süße, ich bin ein Wildling: Vergib mir, daß ich so ungestüm bin. Aber das Glück ist so plötzlich zu mir gekommen — und weiß Gott, zur höchsten Zeit. Ich wollte fort von dir, Liebling, in die Welt hinaus, weil ich es nicht mehr ertragen konnte, als ungeliebter Mann neben dir zu gehen und — — —"

Liebevoll legte sie ihm die Hand auf den Mund.

„Brauchst mir nichts mehr zu sagen, Ralf, ich weiß alles, alles. Da — sieh hier — — das ist dein lieber, lieber Brief, den mir Mutterle erst nach deiner Abreise geben sollte. Sie hat aber besser wie du gewußt, wem mein Herz gehört, hat meinen Kummer erkannt, daß ich deine Liebe verloren zu haben glaubte."

Und sie erzählte ihm alles, was sie in den letzten Wochen gelitten hatte in ihrer Angst um ihn und seine Liebe, und was dann heute geschehen war, seit sie mit Lotte davon gefahren war.

Er lauschte mit angehaltenem Atem und küßte dazwischen immer wieder ihren Mund, ihre Augen und ihre Hände. Und als sie geendet hatte, sagte er aufatmend:

„Gottlob, daß Mutterle hellere Augen hatte, als ihr törichter Sohn. Ach, mein holdes Lieb, meine Märchenprinzessin mit der goldenen Krone auf dem Haupte, ahnst du denn nicht, wie namenlos ich dich liebe, und wie unsagbar glücklich du mich machst."

Sie streichelte sein Haar und legte ihre Wange an die seine. „Mutterle hat schon recht, ein ungestümer Heißsporn bist du", sagte sie voll zärtlicher Schelmerei.

Er lachte, ein frisches, jugendhaftes Lachen, das vom Glück durchzittert war.

„Hat das mein Mutterle gesagt?"

„Ja, sie sagte: der ungestüme Heißsporn läuft davon, weil ihm sein junges Weib nicht gleich an den Hals flog. Sie hat mich besser durchschaut als du — du lieber, törichter, herrlicher Mensch."

„Ach, Liebling, wie hat mich die Eifersucht gequält: Bist du nun wirklich innerlich ganz fertig mit Korff?"

Sie nickte ernst.

„Ja, Ralf. Zur Gewißheit ist mir das in Köln geworden, als er in der Vorhalle vor mir stand. Er wagte es, mich an einstmals zu erinnern, mir von Liebe zu sprechen. Da habe ich ihm gesagt, wie verächtlich er mir sei, und daß ich mir seine Aufdringlichkeit verbitte. Nur aus Angst, daß es zwischen euch eine Auseinandersetzung geben könnte, und aus Zorn über seine Unverfrorenheit kamen mir die Tränen, die du so falsch gedeutet hast. Ach, mein Ralf, wie bin ich glücklich, daß du mich noch liebst, und daß ich dich lieben kann, wie du es verdienst."

Frau Jansen und Lotte mußten allein zu Mittag speisen, und sie taten es mit glücklichen Gesichtern. Endlich kamen die beiden Glücklichen in Frau Jansens Stübchen, mit strahlenden Augen und geröteten Wangen.

„Bist du nun glücklich, mein Büble?" fragte Frau Jansen ihren Sohn.

Er nickte ihr zu. „Dein Sohn bleibt ein Obenhinaus, Mutterle, jetzt fliegt er gar direkt in den Himmel hinein", sagte er leise. —

Und in Berndorf hielt nun ein lachendes, wolkenloses Glück seinen Einzug. Mutterle Jansen hatte einige Jahre später zwei reizende Enkelkinder, die zu ihren Füßen spielten, und die das Glück ihrer Eltern vollkommen machten. Kurz vor Lottes Hochzeit mit Hans von Wollin wurde das erste Kind von Dagmar und Ralf, ein kräftiges „Büble", wie Frau Jansen sagte, getauft.

Lotte war wirklich nach der zweijährigen Ehe von Hans nach Wollin heim geholt worden, und sie fand, wie ihre geliebte Schwester Dagmar ein reiches, volles Glück in ihrer Ehe.

— Ende. —

fung tragen und ohne Kündigung den von den Angestellten gewünschten Verbesserungen des bestehenden Abkommens zustimmen werden.

Elberfeld, 2. März. In der Stadtverordnetensitzung wurde der Plan eines Krematoriums vorgelegt, das nach einem früheren grundsätzlichen Beschluß von Elberfeld und Barmen für beide Städte gemeinsam an ihrer Grenze errichtet werden soll. Er erfordert einen Kostenaufwand von 4 Millionen Mark. Die Barmer Stadtverwaltung hat sich dahin geäußert, daß der Zeitpunkt für die Ausführung des Planes in Anbetracht der schlechten Finanzlage der Städte und der hohen Kosten noch nicht gekommen sei, daß aber die Angelegenheit in gemeinschaftlicher Bearbeitung durch die Städte weiter verfolgt werden soll. Für die Anlage sollen gegebenenfalls auch die in der Umgegend der Wuppertädte gelegenen Gemeinden interessiert werden.

Koblenz, 1. März. (Ungültige Ehen.) Zu der vor kurzem in einem Teil der französischen und der deutschen Presse gebrachten Mitteilung, daß Ehen zwischen französischen Militärpersonen und deutschen Staatsangehörigen vor einem französischen Gerichtsoffizier gültig geschlossen werden könnten, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß solche Ehen nach deutschem Recht ungültig sind. Ehen, auch mit französischen Militärpersonen, können in Deutschland nur vor einem Standesbeamten geschlossen werden.

Der Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge.

Die deutschen Gegenvorschläge haben folgenden Wortlaut:

Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind, wie in den überreichten Denkschriften ausgeführt, wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der Möglichkeit zu gehen, die sich bieten würde, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich bessern wird. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines Zahlungsplans auf folgender Grundlage für möglich:

A. Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit 8 Prozent etwas über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in Aeußerungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie dem Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben genannten Jetztwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen bezahlt werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den gesamten Betrag oder auch nur den größeren Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu diesem Zwecke schlägt Deutschland vor, eine Anleihe in möglichst großem Umfange, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1½ Prozent nach fünf Jahren einsetzen.

Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe dem Anleiheprojekt die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten 5 Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistung gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen den deutschen Lieferanten und allen ihren Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, an der Arbeit des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten anzurechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die internationale Anleihe oder anderweit gedeckt wird, wird mit 5 Prozent verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis zum 1. Mai 1926 die oben erwähnten Annuitäten von je 1 Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschulden Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vorbehalten. Sobald wie möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

B. Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene 12prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

C. Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil VIII Abschnitt 1 mit Anlagen und Teil IX des Vertrages von Versailles sollen als abgegolten angesehen werden. Das gleiche gilt von der Hergabe des Erlöses für zerstörtes Kriegsgerät (Art. 169) und von der sich aus Teil 10 ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Zurückbehaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Restitution aus Art. 238 d. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzung des Art. 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten gilt, sobald der zu A festgesetzte Betrag gezahlt ist.

Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge ist:

a) daß die Abstimmung in Oberschlesien zu Gunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen wird;

b) daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Verordnung über die Wahlen zum preußischen Staatsrat.

Der preußische Minister des Innern veröffentlicht eine Ausführungsanweisung zu dem Gesetz über die Wahl zum Preußischen Staatsrat. Dieselbe hat durch die Provinziallandtage gelegentlich eines innerhalb 30 Tagen nach den Landtagswahlen (20. Februar) vorgeschriebenen Zusammentritts zu erfolgen. Die Stelle, bei der die Wahlvorschläge einzureichen sind, braucht nicht der Staatskommissar selbst, sondern kann auch der Landeshauptmann sein. Ueber die Zahl der von jeder Provinz usw. zu wählenden Staatsratsmitglieder ergeht noch besondere Anordnung. Die Ausführungsverordnung enthält im übrigen die Einzelheiten der Wahl, die in den Provinzen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, im Lande Hohenzollern durch die Mehrheitswahl zu vollziehen ist. Nach den Bestimmungen der Verfassung entsendet jede Provinz mindestens 3 Vertreter, da auf je 500 000 Einwohner einer Provinz ein Vertreter kommen soll, wird sich diese Zahl für die stärker bevölkerten Provinzen entsprechend erhöhen.

Die Schlußsitzung der internationalen Sozialistenkonferenz.

(TU) In der Schlußsitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz in Wien wandte sich Otto Bauer gegen das französischen Sozialisten und erklärte er sei sich bewußt, daß die furchtbaren Verwüstungen, die die deutsche Armee in Nordfrankreich angerichtet habe, einen tiefen Haß in der französischen Bevölkerung erzeugt habe, dessen ungeachtet dürfen sich aber die französischen Sozialisten nicht abhalten lassen, dem französischen Militarismus, den führenden von ganz Europa, entgegenzutreten. Jetzt handele es sich darum, die Solidarität des internationalen Proletariats herbeizuführen. Die mit großem Beifall aufgenommene Rede Bauers führte zu einer temperamentvollen Gegenrede des Franzosen Renaudel, der zwar die Ausführungen Bauers im großen und ganzen billigte, aber den jetzt in Frankreich herrschenden Militarismus zu begründen und zu erklären versuchte. Renaudel brachte die Versammlung in große Erregung. Es kam zu keinem offenen Konflikt, zumal der Sprecher der englischen Sozialisten die Rede Bauers vollinhaltlich unterstützte. Schließlich fand die Szene ihren Abschluß mit einer Erklärung des Franzosen Longues, daß das französische Proletariat sich verpflichten könne, gegen den Militarismus und Kapitalismus in Frankreich anzukämpfen. Die deutschen Delegierten beteiligten sich an der Aussprache nicht, verhielten sich vielmehr während der ganzen Zeit der Debatte ruhig auf ihren Plätzen.

Die sozialistische Konferenz nahm nach einer groß angelegten Rede Hilferdings, in der den Delegierten aus den Ententeländern die Unmöglichkeit der Erfüllung der Pariser Beschlüsse auseinandergesetzt wurde, eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Die Konferenz betrachtet als unerläßliche Bedingung für die Wiedergutmachung die Internationalisierung der Kriegsschuld und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgesuchten oder vom Kriege verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten, verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer produktiven und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen. Die Maßlosigkeit und Unerfüllbarkeit der Forderungen des Ententekapitalismus und andererseits der Mißbrauch der Leidenschaft durch die deutsche gegenrevolutionäre Bourgeoisie, drohen einen neuen blutigen Zusammenstoß heraus zu beschwören. Die Konferenz fordert deshalb die sozialistischen Parteien auf, Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten gegen jede gewaltätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme, gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter in demselben Maße verschärfen müßten, als sie den Arbeitern in den anderen Ländern eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden, gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades, für die allgemeine Revision der Friedensverträge, für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität.“

Die erste dieser Kundgebungen soll am 15. März in den Großstädten aller Länder stattfinden, die nächste am 1. Mai.

Das Wehrgesetz.

Der Wehrausschuß des Reichstags setzte die Beratung des Wehrgesetzes bei § 16 des Entwurfs fort. Dieser Paragraph wird § 17 und erhält folgende Fassung: „Die Zugehörigkeit zur Wehrmacht dauert für die Soldaten vom Tage des Eintritts bis zum Ablauf des Entlassungstages, bei Militärbeamten der Wehrmacht vom Tage ihrer Ernennung bis zum Ablauf des Tages der Entlassung.“ § 18 Entwurf § 17), Absatz 1 bleibt unverändert, der Absatz 2 wird gefaßt: „Die Ansprüche auf Gebührnisse richten sich nach den hierüber bestehenden und nach vorhergehenden Gesetzen und besonderen Vorschriften.“ Zu § 19 (Entwurf § 18) wird ein Antrag angenommen, der die Ansprüche auf Schadenersatz bei der Entlassung berührt; im übrigen bleibt die Fassung des Entwurfs in seinen drei Absätzen. Im § 19, der zu § 20 umgeändert wird, werden Fragen der Lösung des Vertrags, der fristlosen Entlassung, der Kündigungsfristen besprochen und auch darüber Erörterungen gepflogen, ob die Unkündbarkeit eines Vertrags nicht erst nach Ablauf einer vierwöchigen Probezeit eintreten soll. Nach längerer Besprechungen werden die hierauf bezüglichen Anträge abgelehnt, der § 20 (Entwurf § 19) unverändert gelassen. Der § 21 (Entwurf § 20) wird angenommen und in seinem ersten Absatz gefaßt: „Gegen Kündigungen nach § 20 steht dem Betroffenen innerhalb einer Frist von einem Monat der Einspruch an den Reichswehrminister zu, die Frist gilt als gewahrt, wenn der Einspruch rechtzeitig bei einer vorgesetzten Dienststelle eingereicht wird. Wird der Einspruch für begründet erachtet, so gilt die Kündigung als nicht erfolgt. Die weiteren Absätze des Paragraphen bleiben unverändert. Die beiden folgenden Paragraphen 22 und 23 werden ohne Erörterung genehmigt. Beim § 24 wird die Frage erörtert, ob, wie beim alten System, ein dienstälterer Offizier zur Verabschiedung kommen soll, wenn ein dienstjüngerer an eine höhere Stelle gebracht wird. Die Frage wird von einem Vertreter des Reichswehrministeriums verneint. Durch das System der Dienstgrad-Gehälter wie durch höhere Charakterisierung der durch besser qualifizierte Offiziere Uebergangenen könnte die Verabschiedung der letztern vermieden werden. Der § 24 bleibt unverändert bis auf den letzten Satz, der wie folgt gefaßt wird: „Der Anwärter hat vor seiner Beförderung zum Offizier eine schriftliche Verpflichtung einzugehen.“ Beim § 25 (Entwurf § 24) wird lediglich die Einspruchsfrist im Falle der Lösung des Offizierdienstverhältnisses auf einen Monat verlängert, sonst der Paragraph in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Die beiden folgenden Paragraphen bleiben bis auf die Numerierung unverändert. Der § 28 wird neu eingefügt: „Als Ersatz für die auf Grund der Bestimmungen der §§ 20, 21, 24 und 25 vor Ablauf der Dienstverpflichtung ausscheidenden Soldaten konnten jährlich höchstens fünf vom Hundert der in den Paragraphen 2 und 5 festgesetzten Höchststärken eingestellt werden. Der § 27 des Entwurfs wird als § 29 unverändert angenommen. Der § 30 verpflichtet die Angehörigen der Wehrmacht, vor der Aufnahme eines Gewerbebetriebs oder der Verheiratung die Genehmigung einzuholen. Die Genehmigung für die Verheiratung wird in der Regel nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres erteilt. Nach längerer Erörterung werden die hierzu gestellten Anträge abgelehnt; der § wird angenommen. Bei § 31 (Entwurf § 29) wird von verschiedenen Seiten eine Bestimmung verlangt, nach welcher bei Verweisung auf den Klageweg die Rechtsbelehrung an die Mannschaften erfolgen soll. Die Sache wird zunächst zurückgestellt. Der § 31 und ferner § 32 werden unverändert genehmigt.

Der Wehrausschuß des Reichstages beschäftigte sich weiter mit der Frage der politischen Betätigung der Reichswehrangehörigen. Es standen sich die sozialdemokratischen Parteien und die bürgerlichen Parteien feindlich gegenüber. Während die Sozialdemokraten und die Unabhängigen fordern, daß den Soldaten der Besuch politischer Versammlungen und das Wahlrecht zugeteilt würde, unterstützten die bürgerlichen Parteien den Reichswehrminister, der vom Heere im Interesse der Disziplin die Politik fernhalten will. Allerdings hat der Minister gegen den Versammlungsbesuch der Soldaten nichts einzuwenden, nur soll dieser nicht in Uniform geschehen, damit das Ansehen des Heeres nicht leide. Schließlich wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, nach welchem sich die Ausbildung der Soldaten erstrecken soll auf ihre staatsbürgerliche und volksrechtliche Pflicht im Krieg und Frieden. Mit knapper Mehrheit fand auch ein unabhängiger Antrag Annahme, daß die Soldaten das Recht haben sollen, nach freier Wahl Zeitungen zu halten. Morgen Weiterberatung.

Weitere Nachrichten.

— **Im Wohnungsausschuß** des Reichstages wurde ein deutschnationaler Antrag abgelehnt, nach welchem alle Gebäude, die landwirtschaftlichen, industriellen oder gewerblichen Zwecken dienen, von der Gebäudesteuer befreit sein sollen. Darauf vertagte sich auch der Ausschuß.

— **Der Hauptausschuß** des Reichstags nahm die Abstimmungen zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums vor. Im allgemeinen wurden die Anträge und Entschließungen angenommen, die die Aufrechterhaltung der Fahrpreisermäßigung für Schulkinder, Kriegsbeschädigte und sonstige hilfsbedürftige Personen sowie die Aufrechterhaltung der Arbeiterwochen- und Monatskarten fordern.

— **(Griechenland verliert Thrazien und Smyrna.)** „Daily Expreß“ meldet, daß der Vertrag von Sevres zugunsten der Türkei abgeändert wurde, sodaß Griechenland Thrazien und Smyrna verliert.

Aus aller Welt.

— **Zu dem Ueberfall auf den Autoomnibus bei Straußberg** wird noch bekannt, daß der Chauffeur den Wagen anhielt, als er auf der Straße einen anscheinend Betrunkenen liegen sah. Als er sich mit einem Begleiter dem Manne näherte, sprang dieser auf und forderte den Chauffeur und seinen Begleiter mit vorgehaltenem Revolver zum Hochheben der Hände auf. Gleichzeitig sprang ein anderer maskierter Räuber mit vorgehaltener Schußwaffe aus der Waldung heraus und drang in das Innere des Postautos. Hier forderte er die Insassen zum Herausgeben der Wertgegenstände auf. Während dieser Zeit standen draußen vier maskierte Räuber, die den Chauffeur mit vorgehaltenen Schußwaffen in Schach hielten. Mit Hilfe der Polizei wurden bisher 15 Personen festgestellt, die beraubt wurden. Nach den bisherigen Ermittelungen fielen den Räubern Wertgegenstände in Höhe von etwa 30 000 Mark in die Hände. Die Stadt Straußberg hat eine hohe Belohnung auf die Ergreifung der Räuber ausgesetzt.

Nach den inzwischen vorgenommenen Feststellungen befanden sich auch in dem Auto-Omnibus zwei Mitglieder der Räuberbande als Fahrgäste. Diese hatten, in dem Augenblick, als der anscheinend Betrunkene seinen Revolver hob, ebenfalls zur Schußwaffe gegriffen und alle anderen Insassen ersucht, mit erhobenen Händen im Wageninnern stehen zu bleiben. Auf einen Pfiff der Räuber sprangen jetzt aus der nahen Schonung vier andere Männer hervor, die den Autoomnibus umstellten und mit gespannten Pistolen den Wagenführer und die Fahrgäste in Schach hielten. Nun begannen die Räuber im Wageninnern alle Fahrgäste auszuplündern. Sie raubten ihnen die Uhren und Ketten, alle anderen Schmuck- und Wertsachen und das bare Geld und gingen sogar so weit, ihnen die Ringe von den Fingern zu ziehen. Die ganze Beute warfen sie in eine Reisetasche. Als alle Fahrgäste ausgeplündert waren, verschwanden die Verbrecher unter ständiger Schußbereitschaft im Dunkel der Nacht. Die Nachforschungen haben ergeben, daß es sich um organisierte Räuber handeln muß, die gewerbsmäßig in der dortigen Gegend Raubüberfälle ausführen. Am Tage vorher wurde bereits ein Anschlag auf das Fuhrwerk des Produktenhändlers Mehlam aus Strausberg verübt, der indessen an der Geistesgegenwart des Händlers scheiterte. Mehlam war, wie weiter festgestellt wurde, vor acht Tagen bereits einmal an der gleichen Stelle überfallen worden. Die Täter hatten ihn damals unter Vorhaltung von Schußwaffen zur Herausgabe von 200 Mark gezwungen.

Wie das Reichspostministerium mitteilt, wird im Hinblick auf die zahlreichen Ueberfälle geplant, die Wagenführer und Begleiter amtlicher Postverkehrslinien zur Sicherung des Personenverkehrs mit Dienstwaffen auszurüsten.

— **Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.** Auf der Neuyorker und der Chikagoer Central-Railway hat sich ein großes Eisenbahnunglück ereignet. Zwei Züge stießen in voller Fahrt aufeinander. Bis jetzt sind 40 Reisende als tot und 200 als verwundet gemeldet. Zahlreiche Personen sollen schwere Verletzungen davongetragen haben. Das Unglück wird auf die Nachlässigkeit eines Weichenstellers zurückgeführt.

— **Ein folgenschwerer Eisenbahnunfall** geschah auf der Strecke Perleberg—Pritzwalk auf dem Bahnübergang bei Groß-Pankow. Als ein Güterzug von Rohlsdorf nach Groß-Pankow sich dem Bahnübergang zwischen Groß-Pankow und Wolfshagen näherte, gewahrte er plötzlich ein Fuhrwerk, das im selben Moment den Uebergang passierte. Bremsen half nichts mehr und das Fuhrwerk wurde von der Lokomotive erfaßt, mitgeschleift und vollständig zertrümmert. Während die beiden vorn sitzenden Personen mit dem Schrecken und leichten Abschürfungen davonkamen, wurden dem einen der beiden hinten sitzenden Männer beide Arme und ein Bein gebrochen resp. abgefahren und der Brustkasten zerquetscht, der zweite erlitt einen Schädelbruch. Der Zug nahm die Verletzten sofort mit nach Pritzwalk, wo sie in das Krankenhaus überführt wurden. Auf dem Wege dahin verstarb der eine der Verunglückten. Kurz nach der sofort vorgenommenen Operation gab auch der andere seinen Geist auf.

— **Ein ungetreuer Elektrizitätswerksdirektor.** Der Direktor Seek von den Elektrizitätswerken Elsterwerder ist flüchtig geworden, nachdem er große Summen veruntreut und bedeutende Mengen Material verschoben hatte.

— **10 Millionen Kronen unterschlagen.** Der Eisenbahnbeamte Anton Kutschera in Wien, der der Ostbahn zugeteilt ist, hat seit dem Jahre 1917 fortgesetzt Unterschlagungen von Zollgeldern begangen und den Staat im ganzen um 18 Millionen Kronen betrogen. Sonntag erfolgte die Verhaftung Kutscheras, der bei seiner Vernehmung die Erklärung abgab, daß er durch verschiedene große Geschäfte, die er eingegangen sei, immer tiefer in den Betrug geführt worden sei. U. a. habe er mit Steuerflüchtigen Geschäfte gemacht, die für ihn sämtlich schlecht ausgegangen seien, so habe er allein bei einem Ledergeschäft drei Millionen Kronen eingebüßt. Dann habe er geglaubt, sich durch Valutageschäfte wieder emporzuarbeiten, aber auch dabei sei er fortgesetzt von großem Pech verfolgt worden. Auch bei der Teilnahme an der sogenannten Kleinen Lotterie sei er hereingefallen.

— **Ein ehemals deutscher Dampfer gesunken.** Der Transportdampfer „Kuntzpill“, ein früherer deutscher Dampfer, der in einigen Tagen mit Truppen nach dem fernen Osten abgehen sollte, ist im Hafen von Southampton gesunken.

— **200 000 Mark Parteigelder unterschlagen.** Der kommunistische Parteisekretär und Stadtverordnete von Saarbrücken, Herbich, hat ihm anvertraute Gelder in Höhe von 20 000 Mark unterschlagen. Er flüchtete, es gelang aber, ihn in Stuttgart zu verhaften.

— **Ein Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche entdeckt.** Der Vertreter des Pasteurinstituts Dr. Roux führte in der Akademie in Paris ein von ihm entdecktes Heilmittel vor, das imstande sein soll, gegen die Maul- und Klauenseuche unempfindlich zu machen.

Vereinsnachrichten.

Heil, 3. März. (Geflügelzucht.) Im Saale des Wirts Löbbe tagte die 1. Versammlung des neuen Geflügelzüchtervereins. Jetzt, wo sich überall in der Zucht neues Leben bemerkbar macht, wollte man auch hier nicht zurückstehen, zumal gerade in unserer Gemeinde die besten Grundlagen zum Erfolg gegeben sind. Die meist auseinander liegenden Gehöfte ermöglichen es jedem, seine besonderen Liebhabereien zu treiben. Nicht nur Kleingeflügel soll gezüchtet werden, sondern auch Puten und Gänse werden bald wieder zahlreich vertreten sein. Ueber die Arbeit des Einzelnen soll dann eine Herbstschau berichten. Bei dem lebhaften Interesse, das der Sache entgegengebracht wurde, werden hoffentlich recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen sein. Es traten dann auch eine stattliche Anzahl dem Verein bei. Der Vorstand wird gebildet durch die Herren Aug. Althof, 1., Wilh. Feldhaus 2. Vorsitzender; E. Schnell Schriftführer; H. Hüsing Kassierer; W. Knäpper Inventarverwalter; Ludwig Siepmann und Wilh. Löbbe Beisitzer. Die nächste Versammlung soll am 13. März, abends 8 Uhr, stattfinden. Da in dieser über Bruteierbezug sowie auch über die Zweckmäßigkeit der Rassezüchtung verhandelt werden soll, liegt es im Interesse jeden Zuchtfreundes, die Versammlung zu besuchen.

Konzert, Theater 2c.

Westick, 3. März. (Liederabend.) Einen Liederabend veranstaltete der Männer-Gesangverein Kaiseraue am 27. Februar im Lokale des Wirts Herrn Schulze-Beckinghausen, verbunden mit einer Kundgebung für Oberschlesien. Die zu Gehör gebrachten Vorträge des Vereins und dessen Quartett fanden volle Anerkennung und Beifall, desgleichen die Solo-Vorträge von Fräulein Gillmann (Sopran), Herrn Wolter (Bariton) und des Herrn Emil Maschewski (Violine). Herr Brünninghaus (Tenor), der auch seine Mitwirkung zugesagt hatte, konnte leider nicht rechtzeitig erscheinen, da er zu einer Generalprobe nach außerhalb engagiert war. Herr Harms wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung Oberschlesiens als deutsches Land hin, auf die Wichtigkeit der seinerzeit Zugehörigkeit dieses Landesteiles zu Deutschland und brachte zum Ausdruck, daß Oberschlesien deutsch sei und deutsch bleiben müsse. Die darauf für die oberschlesische Spende veranstaltete Sammlung ergab den schönen Betrag von 182 Mark. Alles in allem eine schöne Kundgebung für deutsche Treue und das Deutschtum im Osten, der 20. März d. J. wird die Früchte im Osten tragen, die das Deutschtum heute im Westen sät.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt.
KV. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt.
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Montag, 7. März: Brilon K., Gesele K. V., Dortmund und Hagen Schlachtv.

Dienstag, 8. März: Billerbeck K. V., Beckum V., Borken K. V., Buer V., Emsdetten V., Ibbenbüren V., Niemborg K. V., Werne V., Bielefeld Rindv. Pf. Schw., Neuenkirchen (Kr. Wiedenbrück) Rindv. Schw., Lübbecke Rindv. Pf. Schw., Röhlinghausen V. (vorwieg. Schw.)

Mittwoch, 9. März: Gescher K. V., Gladbeck V., Waremdorf K. V., Kastrop Schw., Dortmund Zucht Faseln., Eickel Schw., Paderborn Rindv. Pf. Schw.

Donnerstag, 10. März: Ahaus K. V., Münster V., 5 T. Send, Recke K. V., Lügde K. Rindv. Schw., Lippstadt V., Blotho Rindv. Schw.

Freitag, 11. März: Dülmen V., Rheine K. V., Schildesche Rindv. Pf. Schw.

Ein neuer Roman!

Wir beginnen morgen mit dem Abdruck eines spannenden Romans der beliebten Schriftstellerin Courths-Mahler, auf den wir die besonders Aufmerksamkeit aller Leser lenken möchten. Es handelt sich um das Werk

„Der stille See“



Unserm
I. Vorsitzenden
Heinrich Rennert
nebst Braut
Friedel Müller
zu ihrer am morgigen Tage stattfindenden 1042

Vermählung

ein donnerndes Hurra!

Junggesellenklub „Einigkeit" Südkamen.

Freie Innung Pelkum.

Sonntag, den 6. März, nachm. 3 Uhr,

General-Versammlung

bei Wirt Betzler in Pelkum. 1045

Der Vorstand.

Für Oberaden-Heide suchen wir sofort einen

Zeitungsboten

gegen gute Bezahlung.

Meldungen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung, Weststraße Nr. 10.

Erinnerungs-Blätter deutscher Regimenter

Die Erinnerung an die unvergleichlichen Taten der deutschen Regimenter im Weltkriege soll durch Auszüge aus den amtlichen Kriegstagebüchern unter Mitwirkung des Reichsarchivs festgehalten werden. In Einzeldarstellungen der übermenschlichen Kämpfe gegen eine Welt von Feinden wird ein Quellenwerk geschaffen, welches über die einzelnen Taten des Regiments und über jeden Tag, über den täglichen Aufenthaltsort, Kampfbeteiligung, Verluste, Personalfragen usw. Kunde gibt. Durch Beifügung einer kurzen, in den Rahmen der Gesamtoperationen einführenden Schilderung und guter Uebersichtskarten werden diese Erinnerungsblätter ein wertvolles Nachschlagewerk sein **für alle, die in dem Truppenteil gefochten oder Angehörige in seinen Reihen verloren haben.**

Ueber 200 einzeln zu beziehende Hefte sind bereits in Verbreitung, etwa 1000 Regimenter haben ihre Teilnahme angemeldet. Als erste erscheinen jetzt:

Infanterie-Regiment 184
Preis 6 Mark

Fußartillerie-Regiment 9
Preis 13.10 Mark

Feldartillerie-Regiment 79
Preis 8.50 Mark.

Bestellungen auf diese erbittet wir recht bald, da die Nachfrage zweifellos eine sehr starke sein wird.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Wiederverkäufer

kaufen

Rauchtabak

Winkelmann grob und krüll
Rottmann „ „ „
Oldenkott „ „ „
Bönniger „ „ „
Bruns & Söhne „ „
(Tabak mit der Spinne)
Echter Schwarzer Krauser
Shag- und Zigaretten-Tabak
Strangtabak

zu Original-Fabrikpreisen nur bei

Hans Dolle

Tabakfabrikate Großhandlung
Fernruf 2 **Kamen** Markt 16.

Größte Spezialhandlung in Tabakwaren. 431

Billiges Angebot:

Ia. Backöl	Liter	15.00
Ia. Salatöl	Liter	21.00
Ia. Margarine	Pfund	9.75
Ia. Speck fett	Pfund	11.75
Ia. Speisefett	Pfund	8.25
Ia. Santos-Kaffee	Pfund	20.50
Ia. Griesmehl	Pfund	3.50
Ia. Bohnen	weiss und braun Pfund	1.35
Ia. Kernseife	Doppelstück	4.50

Franz Grundmann

Lünenerstr. 5. 1052

Ia. Feld- und Garten-Sämereien

eingetroffen und empfiehlt billigst: 923

Georg Bruns, Kamen,
Roonstraße 101.

Empfehle billigst:

Ia. helles Backöl	Liter	14.75
Ia. Salatöl	Liter	21.00
Ia. fetten Speck	Pfund	12.50
Ia. Schweineschmalz	Pfund	12.00
Ia. Margarine	Pfund	9.75
Ia. kondens. Milch	Dose	8.00
Ia. Santos-Kaffee	frisch gebr. Pfund	20.00
Ia. süsse Pflaumen	Pfund	4.50
Ia. Hausmach. Nudeln	Pfund	7.50
Ia. grosse Vollheringe	Stück	0.80
Ia. Vollreis	Pfund	2.75
Ia. Kernseife, Doppelstück		4.50

Kaufhaus für Lebensmittel

P. Bickmann

KAMEN, Weststrasse 21.
Telephon 373. 1049

Ungepreßt
wird jeder 1012

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig.

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,
Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.
Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Methler.
Mutterberatung
am **Freitag**, um 4 Uhr, im Gemeindehaus. 17

Student ert. energischen

Unterricht

in sämtlichen realen und gymnasialen Lehrfächern.
Angebote unt. Nr. **1008** an die Geschäftsst.

Gebrauchsfähige kupferne

Pumpe

zu verkaufen. 1005
Unnaerstraße 145.

Ein gut erhaltener
Kinderwagen
mit Gummibereifung (Friedensware) preiswert zu verkaufen. 1050
Friedrich Fechner,
Kaiserau, Germaniastr. 62

Speise-kartoffeln, Saat-kartoffeln,

(gelbfleischige Industrie und Paulsens Juli) sind eingetroffen und empfiehlt

W. Neff, 1047
Bahnhofstraße 23,
Telephon Nr. 122.

Handlinien-Wahrsagen
auch Schriften auslegen 1053
Frau Baca,
Bergkamen,
Wilhelmstraße 37.

Ein blauer p1037

Cheviot-Anzug

f. d. Alter von 17—19 Jahren zu verkaufen.
Bergkamen,
Schöllerstraße 18a.

Zuverlässiges, ehrliches

Mädchen

für sofort nach Vollmarstein gesucht für Haus- und Gartenarbeit. 1055
Zu erfragen
Unnaerstr. 165, I.

Suche per 1. April evtl. später ein fleißiges, sauberes

Zweitmädchen,

das waschen kann und alle Hausarbeit gründlich verrichtet. 1048
Frau H. Hertz,
Bergkamen i. Westf.
Hohenzollernstr. 214.

Sauberes 1051

Mädchen

für halbe Tage gesucht.
Bahnhofstr. 27.

---

2 ordentl. Schlosser auf der Zeche suchen 1044

Kost u. Logis.

Bauer bevorzugt, selbige sind gewillt, in der freien Zeit auf dem Lande zu helfen.
Schriftl. Angebote unter **Nr. 1044** an die Geschäftsst.

Habe auf meine Grundstücke für immer p1043

Gift gelegt.

Breiten. Fr. Witte.



Die Aufnahme der Kinder, welche bis zum 30. September d. Js. 6 Jahre alt und dadurch schulpflichtig werden, sowie derjenigen, welche im vorigen Jahre zurückgestellt sind, hat bei den zuständigen Schulleitern, und zwar

für die Josefschule (katholisch) bei Herrn Rektor Rüberg,
für die Wilhelmschule (evangelisch) bei Herrn Hauptlehrer Nuß,
für die Auguste-Viktoriaschule (evangelisch) bei Herrn Lehrer Tüselmann

im Konferenzzimmer der betreffenden Schule **am Dienstag, den 8. März ds. Js., vormittags von 10—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr**

zu erfolgen. Bei der Anmeldung ist der Geburts- oder Impfschein des Kindes oder das Familienbuch vorzulegen.

Zur Wilhelmschule gehören folgende Straßen:

Afferderweg, Am Bahnhof, Am Kirchhof, Bahnhofstraße, Burgstraße, Dernerweg, Derne, Dortmunderstraße, Dunklestraße, Grünestraße, Heerenerstraße, Hohendahlstraße, Kirchstraße, Klosterstraße, Kördelgasse, Koppelstraße, Kreuzstraße, Lämmergasse, Lindenbergstraße, Lünenerstraße, Oberer Schleppweg, Ostenmauer, Rottumerstraße, Schlachthofstraße, Schulstraße, Südenfeldmark-Süd, Südenfeldmark-Nord, Ulmenplatz, Unnaerstraße, Unterer Schleppweg, Wallgasse, Weddinghoferstraße, Westickerweg, Weststraße von Nr. 46b—90, Wiemelinq, Wilhelmstraße, Winnenthaler Straße, Zur Ziethenstraße, In den Westenzäunen.

Zur Auguste-Viktoriaschule gehören folgende Straßen:

Gottesbergstraße, Güldentröge, Hammerstraße, Jahnstraße, Kämerstraße, Kampstraße, Königstraße, Markt, Nordenmauer, Nordstraße, Oststraße, Roonstraße, Rottstraße, Sackgasse, Schillstraße, Schützenstraße, Weißestraße, Weststraße von Nr. 1—46a, Zwischenstraße.

Kamen, den 28. Februar 1921.

Der Magistrat: 1011
Siegler, Beigeordneter.



Die Stadtverwaltung beabsichtigt in diesem Jahre während der Sommermonate wiederum die Unterbringung einer größeren Anzahl erholungsbedürftiger, unterernährter Kinder in auswärtigen Erholungsheimen.

Eine Anzahl Pflegestellen in auswärtigen Heimen in geeigneter Gegend (Gebirge, auf dem Lande, an der See usw.) sind bereits beschafft. Mit weiteren Heimen werden noch Unterhandlungen gepflogen.

Um einen Ueberblick über die Zahl der in Frage kommenden Kinder zu erlangen, bitten wir die Eltern, die vorhaben,

schulpflichtige Kinder zu Erholungszwecken 4 Wochen zur Kur zu schicken,

in der Zeit vom 7.—12. März während der Vormittagsdienststunden im Rathause, Zimmer Nr. 14, vorzusprechen.

Dort können die Aufnahmebedingungen eingesehen werden. Für gute Beaufsichtigung und Pflege der Kinder ist in bester Weise gesorgt. Die Beobachtung des Gesundheitszustandes wird durch Aerzte ausgeübt. 1046

Kamen, den 1. März 1921.

Der Magistrat: J. V.: Siegler.

Amerikanische Wohlfahrtspflege.

Aus: Alma Hedin, Arbeitsfreude, mit einem Beitrag von 30 Seiten „Der 9. November!" von Sven Hedin.*) (Leipzig, Brockhaus, geb. 20 Mark.)

Für die Erhaltung der Gesundheit wird nichts als wichtiger angesehen als eine gute und nahrhafte Mittagsmahlzeit. Für viele Arbeiter ist es schwer oder überhaupt unmöglich, eine solche Mahlzeit in ihrem Heim in zufriedenstellender Weise zu erhalten. Deshalb haben fast alle Betriebe erstklassige Restaurants für ihre Arbeiter. Auch in den amerikanischen Stahlwerken ist diesem Bedürfnis in mustergültiger Weise Rechnung getragen.

Visiting nurses waren die einzigen gebildeten Frauen, die bei der United States Steel Corporation angestellt waren; ihre Aufgabe war aber keineswegs auf Krankenpflege beschränkt. Sie sollen bei ihren Besuchen auch Ratschläge und Anweisungen geben in der Kunst, ein Heim in Ordnung zu halten, und sollen den verschiedenen Familienmitgliedern in allen Schwierigkeiten helfen und beispringen.

Die Gesellschaft hat Kurse im Kochen, Nähen, Kinderpflege usw. eingerichtet. Die Häuser, in denen diese Kurse abgehalten werden, stehen auch verschiedenen Klubs für Knaben, Mädchen und Mütter zur Verfügung. Leiterinnen dieser Klubs waren oft die Pflegerinnen, die dann in dem Hause wohnten. Ich habe schon in einem andern Kapitel darauf hingewiesen, wie schwer, um nicht zu sagen unmöglich, es sein muß, eine Person zu finden, die Tüchtigkeit im Krankenpflegeberuf mit all den Eigenschaften verbindet, die erforderlich sind, um die hier aufgezählten verschiedenen umfassenden Aufgaben zu erfüllen. Es ist sicher besser, wenn die Krankenpflegerinnen sich ungestört ihrem Beruf widmen können und wenn andre Frauen als Beraterinnen und Helferinnen für die übrigen Fälle angestellt werden.

Für Kinder und Jugendliche hat man viele Spiel- und Sportplätze. Wo musikalische Begabung vorhanden ist, werden Instrumente angeschafft, hauptsächlich auf Kosten der Gesellschaft, und Musikkapellen gebildet.

Bei manchen ihrer Fabrikanlagen hat die Gesellschaft Wohnhäuser gebaut. An einigen Orten, wo sie in bisher völlig unbebauten Gegenden zu arbeiten begann, hat sie ganze Städte angelegt.

Gartenarbeit wird unterstützt und hat gute Resultate gezeitigt. Die Gesellschaft schafft kostspielige Geräte an, die der Reihe nach vom Personal benutzt werden. Zum Aufbewahren von Garteuerzeugnissen, die oft den ganzen Winterbedarf der Familien decken, werden auf Kosten der Firma besondere Gemüsekeller gebaut.

Die Amerikanisierung wird bei der United States Steel Corporation kräftig betrieben. Der erste Schritt ist, wie bereits angeführt, die Ausländer die englische Sprache zu lehren und ihnen dann bei der Beschaffung der Papiere zu helfen, die zur Erwerbung des amerikanischen Bürgerrechts erforderlich sind. In ihrem Jahresbericht sagt die Gesellschaft, es sei notwendig, den Einwanderer nach Möglichkeit so zu erziehen und tüchtig zu machen, daß er, nachdem er Land und Sprache kennen gelernt, „seine Stellung verbessern kann und daß in ihm die Schätzung und Liebe des amerikanischen Ideals geweckt werden muß, deren Entwicklung notwendig ist, um ihn seinem neuen Vaterland treu zu machen".

Die Krankenpflegerinnen haben auch die Aufgabe, „den Frauen und Kindern das amerikanische Ideal einzuprägen."

Kleine Zeitschriften werden herausgegeben. Sie sind in einfachem, leicht faßlichem Ton gehalten und gehen meist darauf aus, Amerika zu „boost". Sie sind belehrend und unterhaltend.

Sobald die Arbeiter die englische Sprache erlernt haben, erhalten sie Gelegenheit, sich fast in jedem gewünschten Fach auszubilden. In allen Ländern hat die Erfahrung gelehrt, um wieviel besser ein Mann seine Arbeit ausführt, wenn er technisch geschickt ist und wenn sein Charakter und sein Verstand zu voller Höhe entwickelt und ausgebildet sind. Die im Leben vorwärtskommen wollen, aber nicht die Mittel haben, höhere Schulen und die Universität zu besuchen, können die Abendschulen der Gesellschaft benutzen, in denen sie in all den Fächern Unterricht erhalten, die mit Stahlherstellung zu tun haben. Das ist ein sehr umfassendes Studium; denn man muß alles lernen, von da an, wo das Erz aus der Grube gefördert wird, bis dahin, wo das Stück aus dem Werk hervorgeht. Da muß man etwas verstehen von Metallurgie, Mathematik, Maschinenbau, Elektrizität, Chemie und vielem andern. Die Kenntnisse, die gewonnen werden, indem man gleichzeitig praktische Arbeit und wissenschaftliche Studien betreibt, sind als sehr wertvoll anerkannt, und viele ehrgeizige Arbeiter können auf diese Weise zu hervorragenden Stellungen gelangen.

In einem Betrieb hängt folgender Anschlag aus:

„An den jungen Mann in Ambridge Plant.

„Welches sind Ihre Pläne für die Zukunft?

„Streben Sie nach einer besseren Arbeit, als Ihre jetzige ist?

„Versuchen Sie, sich für eine verantwortungsvollere Arbeit mit höherem Lohn auszubilden, oder fühlen Sie sich außerstande, vorwärtszuschreiten?

„Benutzen Sie Ihre freie Zeit auf verständige Weise zur Selbstverbesserung, oder vertändeln Sie sie nutzlos?

„Haben Sie ein bestimmtes Ziel, nach dem Sie streben, oder lassen Sie sich von Wind und Welle treiben?

„Haben Sie die Gewohnheit, mit wachem Sinn zu studieren, oder lassen Sie Ihre Denkkraft durch Mangel an Beschäftigung verkümmern?

„Wissen Sie, daß die richtige Antwort auf diese Fragen der erste Schritt zur Selbsterkenntnis und zu einer befriedigenden Arbeit ist?

„Die unrichtige Antwort zeigt Sie als ein Wrack, hilflos, während Sie gerade vorwärtsschreiten sollten, zum Ihrer Familie von Ihrer Fähigkeit zu verdienen abhängt.

„Jetzt mehr denn je fordert die Welt tüchtige Männer, die imstande sind, große Dinge auszurichten. Wie werden Sie dieser Forderung genügen können?

„Denken Sie darüber nach! Durch The Ambridge Night School erhalten Sie Hilfe, um sich selbst zu helfen.

„Nur der Mann, der sich selbst helfen will, ist was wert."

Die Sparsamkeit des Personals wird dadurch angeregt, daß man ihm Gelegenheit gibt, Aktien der Gesellschaft zu vorteilhaften Zahlungsbedingungen zu kaufen.

Es ist eine großartige Arbeit, die vom United States Steel Corporations Bureau of Safety, Sanitation & Welfare zum Besten von 300 000 Arbeitern geleistet wird. Daß diese Arbeit unerhörte Summen kostet, danach fragt man nicht, denn man weiß wohl, daß sie sich bezahlt macht.

Oberschlesiens Fehler ist es, daß es deutsch und polnisch spricht. Daher das wenig schöne Wort „Wasserpolack". Lassen wir das! Oberschlesiens Kultur ist nicht von Warschau oder Krakau her zivilisiert worden, seine Kulturpioniere zogen zu Aberhausenden von Thüringen und Bayern aus ein. Warschaus vornehmster Exportartikel sind die Korfanty-Banden, der Alp und Tod des blühenden Oberlandes. Deutscher, erlöse Oberschlesien von dieser Pest und Not!

*) Wir freuen uns, in der Lage zu sein, unsern Lesern aus der soeben im Verlag von Brockhaus in Leipzig erschienenden „Arbeitsfreude" (geb. 20 Mark) von Alma Hedin, der Schwester des berühmten Forschers Sven Hedin, eine Probe zu bieten. Alma Hedin hat sich im vorigen Jahr längere Zeit praktisch mit dem Studium der sozialen Fürsorge in den Vereinigten Staaten beschäftigt und hat dabei Erfahrungen gewonnen, die insbesondere für uns Deutsche von großer Bedeutung sein können. Wir empfehlen dringend die Beschäftigung mit dem Buche, dem Sven Hedin unter dem Titel „Der 9. November!" einen überaus wichtigen Beitrag mit auf den Weg gegeben hat. Wir kennen Hedins ehrliche Gesinnung, wir wissen, daß er stets einer der leider so spärlichen Freunde Deutschlands gewesen ist, wir erfahren, daß er große Hoffnungen auf ein baldiges Emporkommen Deutschlands hegt. Um so größere Beachtung verdient sein Mahnruf, der gewiß nicht ohne Wirkung bleibt.